

am 1. und 2. Dezember 2025

21/76

Entwurf

Ausschließlich zur internen Verwendung!

Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur
vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten**
– Drucksache 21/1929 –

Tabellen-Briefings

Table.Briefings

Deutscher Bundestag Drucksache 21/
21. Wahlperiode zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der SPD
Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und
zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten

– Drucksache 21/1929 –

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest,

dass sich die Menschen in Deutschland seit Jahrzehnten auf ein gut ausgebautes System der sozialen Sicherung verlassen können. Der Ausbau des Sozialstaates gehört zu den großen Erfolgen der Geschichte der Bundesrepublik. Ein wesentliches Element des Sozialstaats ist die gesetzliche Rentenversicherung. Sie sichert den Lebensunterhalt von über 21 Millionen Rentenbeziehern.

Die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen bringen eine Rentenreform mit den sechs Komponenten Rentenniveau, Mütterrente, Betriebsrentenstärkungsgesetz, Aktiv-, Frühstartrente und der privaten Altersvorsorge auf den Weg. Darauf wird die Rentenkommission aufsetzen und sich insbesondere mit weiterem Reformbedarf beschäftigen. Dabei soll die Kommission auch an die Erkenntnisse der Kommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ aus der 19. Legislaturperiode anknüpfen.

Die Kommission betrachtet die Alterssicherung als Gesamtsystem und bezieht alle drei Bereiche der Vorsorge – gesetzliche, betriebliche und private Altersvorsorge – sowie deren Zusammenspiel im Hinblick auf ein Gesamtversorgungsniveau in ihre Analysen und Empfehlungen ein. Sie soll Vorschläge entwickeln, wie dieses Zusammenspiel künftig so

gestaltet werden kann, dass eine Lebensstandardsicherung im Alter gerade für kleine und mittlere Einkommen möglich ist. Ein zentraler Aspekt des Auftrags ist zudem, die nachhaltige Finanzierung und Sicherung der Beitragsbasis zu gewährleisten.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

noch in diesem Jahr eine Rentenkommission einzusetzen, die bis zum Ende des zweiten Quartals 2026 Vorschläge für Reformen in der Alterssicherung vorlegt. Einbezogen in die Analyse werden auch die unterschiedlichen Wirkungen verschiedener Reformansätze auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen – besonders zu betrachten sind die Wirkungen auf Frauen, Normalverdienerinnen und Normalverdiener sowie Menschen mit niedrigem Einkommen. Der Auftrag an die Kommission umfasst insbesondere auch die Prüfung folgender Fragestellungen:

Lebensstandardsicherung

- eine neue Kenngröße für ein Gesamtversorgungsniveau über alle drei Rentensäulen zu entwickeln;

Renteneintritt

- die flexiblen Übergänge in die Rente weiterzuentwickeln und dabei stärker lange Beitragszeiten und einen frühen Eintritt ins Erwerbsleben zu berücksichtigen;
- eine Verlängerung von Lebensarbeitszeit (z.B. Renteneintrittsalter);
- neue Austarierung der Zu- und Abschläge;
- Anpassung der Altersgrenze für den Bezug einer Altersrente für langjährig Versicherte;

Rentenentwicklung

- Beibehaltung der Rentenentwicklung an die Lohnentwicklung oder Kopplung an andere Parameter wie an die Inflation (Rentenanpassung);
- Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitsfaktors nach 2031;
- Einführung eines „Nachholfaktors“ zum Abbau des Ausgleichsbedarfs infolge der Haltelinie;
- wie ein stabiles Rentenniveau dauerhaft finanziert werden kann;

- wie die Grundrente zu einer armutsfesten Mindestrente für langjährige Beitragszahlende weiterentwickelt werden kann;

Private Altersvorsorge

- die bessere Nutzung der Vorteile des Kapitalmarktes für die Altersvorsorge; für alle Menschen, unabhängig von ihrer finanziellen Bildung und Situation;
- Verbesserung der Verbreitung der privaten Altersvorsorge;
- Einführung eines Standardprodukts mit geringen Verwaltungs-, Produkt- und Abschlusskosten ohne zwingende Beitragsgarantie;
- Vor- und Nachteile kapitalmarktbasierter Ansätze der Alterssicherung sowie der Vergleich der Renditen der verschiedenen Sicherungssysteme;

Betriebliche Altersvorsorge

- Ausweitung der Geringverdiener-Förderung und obligatorischer Elemente in der betrieblichen Altersvorsorge;
- Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung in kleinen und mittleren Unternehmen;
- Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung und ihre steuerliche Förderung einfacher und transparenter gestalten;

Beiträge

- die Sicherung stabiler Beitragssätze für die nächsten zehn Jahre;
- die Einbeziehung weiterer Einkunftsarten in die Beitragsbemessung;
- die Einbeziehung weiterer Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Berlin, den 2. Dezember 2025

Jens Spahn, Alexander Hoffmann und Fraktion

Dr. Matthias Miersch und Fraktion

Zuleitungsformular



Zust. Stellv. Fraktionsvorsitzende/r
Dagmar Schmidt

Berlin, 01. Dezember 2025

An den
Ersten Parlamentarischen
Geschäftsführer der
SPD-Bundestagsfraktion
Dirk Wiese, MdB

Parlamentsdienst
parlamentsdienst@spdfraktion.de

Büro Stellv. Fraktionsvorsitzende/r:
Kopie des ausgefüllten Zuleitungs-
formulars bitte an die zuständige
Arbeitsgruppe zurücksenden.

Bezeichnung der Vorlage:

Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der Fraktion der SPD
Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen
Gleichstellung der Kindererziehungszeiten
- Drucksache 21/1929 -

Vorschläge zur öffentlichkeitswirksamen Behandlung:

Ich bin im Hinblick auf die oben bezeichnete Vorlage mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe
gemäß Vorblatt einverstanden in Bezug auf

- die Terminierung der Behandlung in den Fraktionsgremien
- sowie
- die Behandlung im Plenum.

gez. Dagmar Schmidt
Name, Vorname

Anlagen: – Vorblatt
– oben bezeichnete Vorlage

Vorblatt



für **Einbringungen/Vorlagen**, die das Plenum erreichen sollen
(bspw. Gesetzentwürfe, Anträge, Entschließungsanträge und Änderungsanträge
für das Plenum, Große Anfragen)

Bernd Rützel / Jens Peick

Federführendes MdB
(Berichterstatter/in)
Tel.: 73434

Dr. Joachim Arndt

Verantwortliche Referentin /
verantwortlicher Referent
Tel.: 57323

An die/den zuständige/n
Stellvertretende/n Fraktionsvorsitzende/n
Dagmar Schmidt
im Hause

Bezeichnung der Vorlage

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU/CSU und der Fraktion der SPD
Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der
Kindererziehungszeiten
- Drucksache 21/1929 –

Botschaft und wesentlicher Inhalt (max. 300 Zeichen einschl. Leerzeichen)

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, noch in diesem Jahr eine
Rentenkommission einzusetzen, die bis zum Ende des zweiten Quartals 2026 Vorschläge
für Reformen in der Alterssicherung vorlegt. Es werden verschiedene Fragestellungen den
Auftrag der Kommission betreffend formuliert.

Inhaltliche Abstimmung mit dem federführenden Ressort der Bundesregierung

Erfolgt

Inhaltliche Abstimmung mit dem Koalitionspartner

Erfolgt

Behandlung in der Fraktion CDU/CSU am

2. Dezember 2025

Unterscheidung zu Positionen der anderen Fraktionen/Parteien

Sonstige Bemerkungen

Bei Gesetzentwürfen: Parallelentwurf

Ja Nein

Beschlossen in der federführenden Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion

am

In den mitberatenden Arbeitsgruppen behandelt

Arbeitsgruppen	Behandlungsdatum	Votum
1. ...	TT.MM.JJJJ	Zust./Abl./Enth.
2. ...	TT.MM.JJJJ	Zust./Abl./Enth.
3. ...	TT.MM.JJJJ	Zust./Abl./Enth.
...

Ggf. Votum AG Haushalt zu Auswirkungen auf den Bundeshaushalt/EU-Haushalt
Votum AG Finanzen zu steuerlichen Auswirkungen

Abstimmung mit den A-Ländern

Bei Gesetzentwürfen: zustimmungsbedürftig durch den BR

Ja Nein

Beteiligung des Redaktionsstabs der Gesellschaft für deutsche Sprache im Bundestag (GfdS)

Ja Nein

Angestrebter Termin für die Beratung in den Fraktionsgremien

GfV	am 01.12.2025	Berichtersteller/in Dagmar Schmidt
FV	am 01.12.2025	Berichtersteller/in Jens Peick
Fraktion	am 02.12.2025	Berichtersteller/in Bernd Rützel / Jens Peick

Einbringungsdatum: 02.12.2025

(frühestens nach Beschluss durch die Fraktion)

Vorschläge für die Behandlung im Plenum

1. Kernzeitdebatte kernzeitnahe Debatte
 Standarddebatte Kurzdebatte ohne Debatte
2. Überweisung federführender Ausschuss:

mitberatende Ausschüsse:

oder

- sofortige Abstimmung nach der ersten Behandlung im Plenum

28. November 2025

Datum

gez. Dr. Joachim Arndt

Bestätigung
der verantwortlichen Referentin /
des verantwortlichen Referenten